



Die Zeit der Gemütlichkeit ist vorbei: US-Präsident Trump.

## Böllerschuss für das schlafende Europa

Von Felix E. Müller\*, 17.12.2025

**Die neue Sicherheitspolitik der USA stellt einen radikalen Bruch mit der bisherigen dar. Die EU ist in Panik. Und was heisst das nun alles für die Schweiz?**

Die vor wenigen Tagen erschienene National Security Strategy (NSS) der Regierung Trump stellt ein Dokument von ausserordentlicher Bedeutung dar. Es markiert nicht weniger als einen Bruch mit den Prinzipien und Überzeugungen, von denen sich die amerikanische Aussenpolitik seit 1945 hat leiten lassen. Um das zu ermessen, sollte man zum Vergleich auf die Ära von Ronald Reagan zurückgehen. Dieser hätte in einem solchen Grundlagenpapier zum Kampf gegen den Kommunismus aufgerufen, der globale Dimensionen habe und deswegen nur im Verbund mit den Alliierten in Europa und Asien geführt werden könne. Dabei hätte er die Vorbildrolle der USA betont: Demokratie, Liberalismus, freie Wirtschaft seien die zentralen Werte dieses Landes; sie sollten weltweit gelten. Seine Lieblingsmetapher dafür: Die USA seien «a shining city on a hill». Dieses Bild hatte er in einer Predigt des puritanischen Politikers John Winthrop aus dem Jahr 1630 gefunden, es geht auf die Bergpredigt in der Bibel zurück. Was Reagan meinte: Amerika ist ein Vorbild, weil es Werte verkörpert, die aus der Welt einen besseren Ort machen.

### ***Kampf um den Profit***

Diesen Idealismus sucht man in der NSS aus dem trumpschen Weissen Haus vergeblich. Damit signalisieren die USA: Wir geben den Anspruch auf globale Dominanz auf. Wir streben nicht mehr länger eine Welt an, die universal auf den westlichen Werten basiert. Wir tun das, weil wir realisiert haben, dass uns diese

Aufgabe finanziell und ressourcenmässig überfordert. «Die Zeiten, in denen die Vereinigten Staaten wie Atlas die gesamte Weltordnung gestützt haben, sind vorbei», heisst einer der Schlüsselsätze des Dokuments, welches das Prinzip «America first» nun auch offiziell auf die Aussenpolitik überträgt.

Eine logische Konsequenz dieser Kehrtwende ist im Verzicht auf die Einmischung in die inneren Verhältnisse anderer Länder zu sehen. Also keine Belehrungen mehr, dass Demokratie und Minderheitenschutz zu wenig Gewicht hätten, vor allem nicht gegenüber den arabischen und südamerikanischen Nationen. Umso paradoxer ist dann, dass die NSS später in Bezug auf Europa ganz offen eine Einmischung in die Innenpolitik empfiehlt. Aus den hehren Prinzipien von Ronald Reagan schafft es auch das Wort Freihandel nur unter einem negativen Vorzeichen in das Dokument. Dies habe nur den Aufstieg Chinas begünstigt und den amerikanischen Interessen geschadet. «Die Ära der Globalisierung und des sogenannten Freihandels hat die amerikanische Mittelschicht und industrielle Basis ausgehöhlt und ist vorbei.» Handelsbeziehungen werden künftig politisch gemanagt, was Trump mit seiner Zollpolitik bereits demonstriert hat.

### ***In der Politik gilt «europäisch» fast als Schimpfwort – wie ein Codewort für «marxistisch»***

Mit der NSS werden die Interessen der USA nicht mehr durch einen idealistischen Wertekatalog definiert oder zumindest verbrämt, sondern viel enger definiert. Die zentrale Frage lautet nun immer: Was macht die Vereinigten Staaten reicher und stärker? An die Stelle des weltanschaulichen Kampfs gegen den Kommunismus tritt der Kampf um den Profit.

Hier zeigt sich die Denkweise eines dealmakers, der seine prägenden Jahre in der Immobilienbranche verbracht hat. Wer auf dieser Basis mit den anderen verkehrt, der ist auf stabile Verhältnisse angewiesen.

### ***Der «Trump-Zusatz»***

In einer nochmals fundamentalen Abwendung von der Aussenpolitik früherer Präsidenten, auch republikanischer, schlägt die neue Sicherheitsdoktrin faktisch eine Aufteilung der Welt in Einflussphären vor. Deswegen wird China wenig thematisiert und noch weniger Russland. Wenn klar ist, wer in welcher Weltregion dominiert, und wenn die anderen dies respektieren, dann schafft dies die Voraussetzung für relativ konfliktfreie Interaktionen, die primär wirtschaftlicher Natur sein werden. Für sich selbst beanspruchen die USA die Zuständigkeit für die westliche Hemisphäre. Die NSS erinnert an die Monroe-Doktrin von 1823, die sich eine Einmischung der europäischen Mächte in die Angelegenheiten Amerikas verbat. Diese wird durch einen «Trump-Zusatz» ergänzt: Staaten, die nicht Teil der westlichen Hemisphäre sind, sollen sich aus Lateinamerika zurückziehen. Das richtet sich primär an China.

### ***Die zentrale Frage lautet nun immer: Was macht die Vereinigten Staaten reicher und stärker?***

Und Russland? Da dominiert die bekannte Samtpfotigkeit der Administration Trump. Der Krieg gegen die Ukraine wird nicht verurteilt, dafür Europa für eine verfehlte Russland-Politik kritisiert. Die Lust, hier weiter Weltpolizist zu spielen, tendiert

offenkundig gegen null. Bestimmt spielt die Erwartung, dass sich nach einem Kriegsende für die amerikanische Wirtschaft in Putins Reich fantastic opportunities eröffnen, bei dieser Haltung eine massgebliche Rolle.

So weit, so bemerkenswert. Doch dann kommt im Strategiepapier die Rede auf Europa. Und der Tonfall wird deftig. Nun muss man wissen, dass die Amerikaner generell ein ziemlich klischiertes Bild von Europa haben. Es werde dort wenig gearbeitet, die Ferien seien lang, die Sozialleistungen enorm, die politischen Verhältnisse sozialistisch geprägt, die Sitten permissiv. In der Politik gilt «europäisch» fast als Schimpfwort, weil es wie ein Codewort für «marxistisch» gebraucht wird. Auf dieser Leinwand malt die NSS nun ein düsteres Bild der europäischen Verhältnisse. Die Liste der Mängel ist lang: minimale Militärausgaben, stagnierende Wirtschaft, überbordende Zuwanderung, rekordtiefe Geburtenraten. Zudem würden abweichende Meinungen zensuriert und Oppositionsparteien unterdrückt. Und wegen der überbordenden Bürokratie der EU drohe den einzelnen Staaten der Verlust der nationalen Identität. «Sollten sich die aktuellen Trends fortsetzen, wird der Kontinent in zwanzig Jahren oder weniger nicht wiederzuerkennen sein», lautet die Schlussfolgerung. Es drohe der «zivilisatorische Untergang» Europas, heisst es, eine Formulierung, die in Europa heftige Wellen schlägt.

Was ist davon zu halten? Leider treffen viele Feststellungen zu: Die Wirtschaftsentwicklung Europas ist miserabel: Vor fünfzehn Jahren war die EU-Wirtschaft noch grösser als die der USA; heute ist sie etwa 33 Prozent kleiner. In der gleichen Periode verzeichnete China ein Wachstum von 291 Prozent. Die Geburtenquoten sind fast in allen europäischen Ländern rekordtief, die Militärausgaben so minimal, dass es für eine echte Unterstützung der Ukraine nie reichte. Und um eine Reduktion der hohen Zuwanderung kämpft die EU (wie die Schweiz) seit Jahren vergeblich.

Andere Feststellungen wiederum zeichnen in bester amerikanischer Tradition ein Zerrbild der europäischen Verhältnisse. Dass die «Unterdrückung der politischen Opposition» ein verbreitetes Phänomen sei, wirkt nun doch weit hergeholt; dass es eine «Zensur der freien Meinungsäusserung» gebe, wirkt als Vorwurf eigenartig, gerade von einer Regierung, die im eigenen Land missliebige Journalisten und Medien beschimpft und bedrängt. In diesen Passagen manifestiert sich der Einfluss von J. D. Vance auf dieses Strategiepapier. Der rechtskatholische, nationalistische, isolationistische und selbsternannt «postliberale» Vizepräsident lässt sich von einem Europa-Bild leiten, das er in seinen Kontakten mit rechtspopulistischen Politikerinnen und Politikern Europas geformt hat. Manche Passagen erinnern an die These des «Grossen Austauschs», die 2011 vom französischen Schriftsteller Renaud Camus entwickelt wurde und besagt, dass eine Elite in Europa einen Bevölkerungsaustausch orchestriere, indem Weisse vertrieben und durch nichtweisse Immigranten ersetzt würden. Diese erfreut sich unter den rechtspopulistischen Parteien in Europa grosser Beliebtheit. Dass die NSS konstatiert, genau diese Parteien aktiv fördern zu wollen, stellt einen direkten Eingriff in die inneren Verhältnisse der europäischen Staaten dar.

### ***Europa als grosse Schweiz***

Doch liest man das Dokument im Wortlaut, lässt sich deutlich erkennen, dass die teilweise drastischen Formulierungen als Böllerschuss gemeint sind, um Europa aufzuwecken. Tough love nennt man das in den USA. Denn es heisst auch:

«Dennoch bleibt Europa für die Vereinigten Staaten strategisch und kulturell von entscheidender Bedeutung [ . . . ]. Wir können es uns nur nicht leisten, Europa abzuschreiben.» Im Idealfall wäre für das Weisse Haus Europa ein Abbild eines trumpschen Amerika: rechts, weiss, christlich, nationalistisch. Dieses Europa befände sich ideologisch auf der gleichen Wellenlänge wie die USA und wäre folglich kein Störfaktor mehr. Globalpolitisch würde Europa wie eine grosse Schweiz sein – zwischen den Machtblöcken, wirtschaftlich wichtig, aber politisch so schwach, dass es die Deals zwischen den drei wirklich Grossen, Russland, China und USA, nicht hemmt.

Und was heisst das nun alles für die Schweiz? Sie ist als Teil von Europa in der neuen amerikanischen Sicherheitsdoktrin mitgemeint. Auch sie bietet aus Sicht des Weissen Hauses viele Angriffspunkte: tiefe Militärausgaben, hohe Zuwanderung, tiefe Geburtenquote, bescheidenes Wachstum. Und sie befindet sich im Begriff, sich der EU (weiter) anzunähern. Wer meint, als sister republic mit einer Sonderbehandlung rechnen zu dürfen, lügt sich in die Tasche. Dass der Zolldeal mit Trump teilweise als Grosse Erfolg gefeiert wird, ist eher erstaunlich. Schliesslich sind die 15-Prozent-Zölle immer noch das Ergebnis einer Erpressung. Und insgesamt hat die Schweiz gemäss einer Analyse der NZZ einen etwas schlechteren Deal als die EU erhalten. Zu rechnen ist vielmehr mit neuen Druckversuchen, etwa bei der Beschaffung von Rüstungsgütern, der Digitalpolitik, der Chinapolitik, den Zöllen.

Die Zeit der Gemütlichkeit in der Schweizer Politik ist endgültig vorbei.

<https://weltwoche.ch/story/boellerschuss-fuer-das-schlafende-europa/>

*\* Felix E. Müller ist ein Schweizer Journalist und ehemaliger Handballspieler. 1996/1997 war er Chefredaktor a. i. der Weltwoche. Von März 2002 bis Ende September 2017 war er Chefredaktor der NZZ am Sonntag und Mitglied der erweiterten Unternehmensleitung der NZZ-Mediengruppe.*